|  |  |
| --- | --- |
| An die**zuständige Bezügestelle** ……………………………………Adresse / Postfach……………………………………Postleitzahl, Ort | ………………………………………………………Name, Vorname………………………………………………………Straße………………………………………………………PLZ, Ort………………………………………………………Personal-Nr. / Az.………………………………………………………Ort, Datum |

Hiermit erhebe ich

**WIDERSPRUCH**

gegen die anteilige oder nicht gewährte Inflationsausgleichszahlung während meiner Elternzeit bzw. Teilzeitbeschäftigung ein.

Beamtinnen und Beamte in Sachsen sind derzeit von einer vollständigen Gewährung der Inflationsausgleichszahlung ausgeschlossen, sofern sie sich in Elternzeit befinden oder nur eine anteilige Zahlung aufgrund von Teilzeitbeschäftigung erhalten. Diese Regelung stellt meines Erachtens eine Ungleichbehandlung dar, die gegen Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes verstoßen könnte.

Das Arbeitsgericht Essen (Az.: 3 Ca 2231/23) hat hierzu entschieden, dass eine solche Schlechterstellung von Beschäftigten in Elternzeit eine unzulässige mittelbare Diskriminierung darstellt. Auch wenn das Landesarbeitsgericht Düsseldorf (Az.: 14 Sa 303/24) in seiner Entscheidung keine Diskriminierung angenommen hat, steht das abschließende Urteil des Bundesarbeitsgerichts sowie eine mögliche Vorlage an den Europäischen Gerichtshof noch aus.

Da die Rechtslage aktuell nicht abschließend geklärt ist und vergleichbare Regelungen im Beamtenrecht ebenfalls auf ihre Verfassungsmäßigkeit geprüft werden könnten, beantrage ich hiermit vorsorglich die Gewährung der Inflationsausgleichszahlung in voller Höhe.

Ich bitte, für diesen Widerspruch vorsorglich den Verzicht auf die Einrede der Verjährung zu erklären sowie das Verfahren ruhend zu stellen bis zur höchstrichterlichen Entscheidung und dies auch entsprechend zu bestätigen.

Ich bitte um eine schriftliche Bestätigung über den Eingang meines Widerspruchs und den Verzicht auf die Verjährungseinrede.

Mit freundlichen Grüßen

*(Unterschrift)*